

Quartierforum Bern-Nord

c/o Breitsch-Träff
Breitenrainplatz 27
3014 Bern

Bern bleibt Grün

Victoriastrasse 44
Postfach
3001 Bern

EINSCHREIBEN

An das
**Bauinspektorat der
Stadt Bern**
Bundesgasse 38

3011 Bern

Bern, den 20. Januar 1993

Sehr geehrte Damen und Herren

Gemäss den Artikeln 45ff. des Baugesetzes ist die Baupolizei - unter Aufsicht des Regierungsstatthalters - Sache der zuständigen Gemeindebehörde. Die Organe der Baupolizei haben unter anderem über die Einhaltung der Bauvorschriften zu wachen, und es obliegt ihnen die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes bei widerrechtlicher Bauausführung.

Tätig zu werden hat die Baupolizei aus eigenem Antrieb oder auf Anzeige von Nachbarn oder privatrechtlichen Organisationen im Sinne von Artikel 35 Absatz 2 Buchstabe b des Baugesetzes, die dadurch zu Parteien des Verfahrens werden.

Gestützt auf diese Bestimmungen erhebt das "Quartierforum Bern Nord" hiermit

(sowie "Bern bleibt grün")

Baupolizeianzeige

wegen zonenfremder Nutzung der Hinteren Allmend

(Parkplätze entlang der Papiermühlestrasse in der Grünfläche; Asphaltfläche nördlich Festhalle, zwischen Rasengitterplätzen und Kieswegen, sowie zunehmende Parkierung auf den Kieswegen nördlich der neuen Ausstellungshalle)

I.

Die 550 Rasengitterplätze auf der Hinteren Allmend entlang der Papiermühlestrasse sind nicht zulässig. Gleiches gilt für die grosse, daran anschliessende asphaltierte Fläche nördlich der Festhalle. Und ebenso unzulässig ist das Parkieren auf und entlang der Kieswege nördlich der neuen Ausstellungshalle/Eisstadion (vgl. hiezu die beiliegenden Pläne):

In der Grünfläche, zu der die Hintere Allmend gemäss Nutzungszonenplan zählt und in der sich also auch diese ("offiziellen" und "wilden") Parkplätze befinden, "dürfen nur Bauten errichtet werden, die der Bewirtschaftung" dieser Grünfläche dienen (Art. 15 der Vorschriften zum Zonenplan). *Öffentliche Parkplätze stellen zweifellos keine solchen zulässigen Bauten (bzw. Nutzungen) dar.*

II.

Auf eine Interpellation von Andreas Hofmann (SP) zum "Illegalen Parkplatz auf der als Grünfläche eingezonten hinteren Allmend" vom 4. Februar 1988 antwortete der Gemeinderat, auf die Parkflächen entlang der Papiermühlestrasse finde Artikel 3 Absatz 1 der Vorschriften zum Nutzungszonenplan Anwendung. Danach seien "bei Erlass dieses Nutzungszonenplanes bestehende zonenfremde Nutzungen (...) im bisherigen Umfang erlaubt".

Dieses Argument ist allerdings unbehelflich, sind die fraglichen Parkplätze doch schon *vorher*, unter der Geltung des NZP 55, unzulässig gewesen, wie dies Stadtrat Adank in der Diskussion zur Interpellation Hofmann richtig und mit Verweis auf den Allmend-Bericht des Stadtgärtners Liechi vom Oktober 1974 festhält.

Es ist nämlich nie Sinn und Zweck des Artikels 3 Absatz 1 der Vorschriften zum Zonenplan gewesen, vorbestandene - *unzulässige* - zonenfremde Nutzungen zu *zulässigen* zonenfremden Nutzungen zu machen. Nur was vor Erlass des heutigen Zonenplanes bereits legale - wenn auch zonenfremde - Nutzung gewesen ist, kann überhaupt in den Genuss dieser Bestimmung kommen.

Das ergibt sich mit Sicherheit aus den entsprechenden Unterlagen (Protokolle, "Abstimmungsbotschaft" u.ä.), die sich alle in den Archiven und Aktenschränken der Stadtverwaltung befinden müssten und daher von dieser zu *edieren* wären.

III.

Es könnte eingewendet werden, die unzulässigen Parkplätze bestünden schon so lange, dass eine Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes nicht mehr verlangt werden könne, heisse es in Artikel 46 Absatz 3 des kantonalen Baugesetzes doch:

"Nach Ablauf von fünf Jahren, seitdem die Rechtswidrigkeit erkennbar war, kann die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes nur verlangt werden, *wenn zwingende öffentliche Interessen es erfordern*" - uns solche zwingenden Gründe lägen nicht vor. Ein solcher Einwand greift allerdings zu kurz:

Als "zwingend" erscheint nach Zaugg (Kommentar zum Baugesetz 291) "die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes, wenn für die Öffentlichkeit untragbare Verhältnisse bewirkt worden sind, wie Beeinträchtigungen der Umweltqualität, Störungen des Ortsbildes, Eingriffe in eine schutzwürdige Landschaft und dergleichen".

Dass in concreto ebenfalls zwingende öffentliche Interessen vorliegen, die eine Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes erfordern, liegt auf der Hand:

Ein Blick auf einen Berner Stadtplan zeigt, dass das Nordquartier wie kaum ein anderer Stadtteil dieser Grösse von seinem potentiellen Naherholungsgebiet zwischen den überbauten Gebieten von Ittigen und Ostermundigen (insbesondere vom Schermenwald) abgeschnitten ist. Die Hauptbarriere ist die Autobahn SN6. Aber selbst wenn die Autobahn nicht existierte: Das Nordquartier kennt kaum so etwas wie einen "Stadttrand". Die Bebauung geht fliessend in jene der Nachbargemeinden über. Dazu kommt Mangel an zu Fuss erreichbaren Parks oder sonstigen noch unüberbauten Gebieten. Daraus ergibt sich für viele BewohnerInnen ein Gefühl des Eingeschlossenseins, dem sie mit der "Flucht ins Grüne" - "natürlich" per Auto - zu begegnen suchen. Diese strukturell bedingten Verkehrsströme sind im öffentlichen Interesse ebenso unerwünscht wie die entgegengesetzten Pendlerströme, gegen die die Stadt Bern zurecht Massnahmen ergreift und ergreifen muss (Lärm, Luftverunreinigung).

Eine wirksame und eindeutig im öffentlichen Interesse liegende Massnahme gegen eine weitere ungebremste "Entwicklung" in die soeben kurz skizzierte Richtung läge in der Aufwertung der wenigen noch verbliebenen inselartigen Grünflächen: Sie müssen ihrer ursprünglichen Bestimmung als attraktive Naherholungsgebiete für die Quartierbevölkerung wieder zugeführt werden.

Ein weiterer Blick auf den Stadtplan zeigt sofort, dass die Hintere Allmend die grösste zusammenhängende Grünfläche auf der dem Quartier zugewandten Seite der SN6 wäre. Leider ist aber ein grosser Teil der Hinteren Allmend gar nicht mehr grün, wie dies der Nutzungszonenplan aus dem Jahre 1975 verlangte. Vielmehr finden sich recht ausgedehnte graue Flächen (Rasengittersteine, Asphalt, Kies), die in zunehmendem Masse von Autos überstellt werden.

Dieser Missbrauch der Hinteren Allmend als Parkplatz zerstört zusammen mit den Auswirkungen der gleichsam zur Rennstrecke ausgebauten Papiermühlestrasse den Naherholungscharakter der Hinteren Allmend.

Das extreme Überangebot an Gratisparkplätzen führt weiter dazu, dass die Hintere Allmend in zunehmendem Masse für den Leistungssport und als Auslauf und Toilette für Hunde missbraucht wird. Viele dieser BenutzerInnen bzw. deren Herrchen und Frauchen, die mit dem Auto direkt und bequem bis an die Grünflächen heranfahren können, stammen zudem gar nicht aus dem Quartier, sondern aus der weiteren Region.

Erholungssuchende FussgängerInnen und VelofahrerInnen werden dadurch zunehmend verdrängt. Die geplante Sporthalle Wankdorf wird diesen negativen Trend noch verstärken.

Dabei wäre es verhältnismässig einfach, der Hinteren Allmend ihre Naherholungsfunktion zurückzugeben; zum Beispiel durch:

- * eine *autofreie* Allmend;
- * die Wiederbegrünung eines Teils der heute mit Rasengittersteinen und Asphalt belegten Flächen durch eine parkähnliche Bepflanzung, insbesondere auch, um vor den Immissionen der Papiermühlestrasse abzuschirmen;
- * eine verbesserte Zugänglichkeit zur Hinteren Allmend für FussgängerInnen und VelofahrerInnen (beispielsweise mittels geschützter Übergänge über die Papiermühlestrasse);
- * die Schaffung einer Fusswegverbindung von der Hinteren Allmend direkt zum Schermenwald
- * usw.

Die Wiederherstellung liegt also ganz offensichtlich im zwingenden öffentlichen Interesse (weiteres findet sich in der erwähnten Interpellation Hofmann sowie in zwei neueren, ~~noch nicht~~ beantworteten Vorstössen desselben zur Hinteren bzw. zur Kleinen Allmend).
im Jahre 1992

IV.

Selbst wenn man sich auf den *falschen* Standpunkt stellen wollte, die verlangten zwingenden Gründe lägen nicht vor, so müsste der rechtmässige Zustand trotzdem wiederhergestellt werden, hat Artikel 46 Absatz 3 BauG doch das Ziel, dem Gebot der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes gegenüber *Privaten* Nachachtung zu verschaffen. Lediglich Private sollen sich nach einer gewissen Zeit darauf berufen dürfen, ihr eigentlich rechtswidriges Bauwerk müsse nun nicht abgerissen oder verändert werden. Schafft der

Staat, die Gemeinde, hingegen einen rechtswidrigen Zustand, so können sie sich nicht auf das Gebot der Rechtssicherheit bzw. den Vertrauensschutz berufen.

Wäre dem nicht so, gälte diese Bestimmung also auch für die Gemeinde, dann hätte diese damit nämlich ein äusserst wirksames Instrument in Händen: Sie könnte irgendwo in Verletzung von Rechtsnormen etwas bauen; reagierte die Bevölkerung darauf nicht so gleich mit rechtlichen Mitteln, sondern wie im konkreten Fall zuerst mit politischen, dann könnte sie das Geschäft solange in die Länge ziehen, bis die Fünfjahresfrist abgelaufen wäre.

Das kann und darf nicht Sinn dieser Bestimmung sein.

Die heutige unrechtmässige Nutzung der Hinteren Allmend ist daher aufzuheben und wir möchten Sie höflich bitten, die dazu notwendigen Schritte in die Wege zu leiten.

In Erwartung ihrer Antwort verbleiben wir

mit freundlichen Grüssen

für das Quartierforum Bern-Nord

für Bern bleibt Grün

Beilage erwähnt

Kopie an das Regierungsstatthalteramt I